

We won't let Europe go backwards!

ECCAR-Generalkonferenz Heidelberg 2024, Ergebnisse

Nach der Konferenz vom 23. bis 25. September 2024 in Heidelberg anlässlich des 20-jährigen Bestehens unserer Koalition bekräftigen wir, die Mitglieder der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR), unser gemeinsames Bekenntnis dazu, dass europäische Städte weiterhin inklusive und widerstandsfähige Orte bleiben, an denen Rassismus und jede Form der Diskriminierung bekämpft wird.

Die Rechte der von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen der Diskriminierung betroffenen Menschen sind zunehmend bedroht. In Zeiten von wachsendem politischem Extremismus, antidemokratischen Bewegungen und zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung, stehen wir weiter unerschütterlich zu unserer Verpflichtung, die Menschenrechte und -würde aller zu wahren. Diese Bewegungen nähren hasserfüllte Narrative, die zu diskriminierendem Verhalten, Angriffen und sogar Gewalt anstacheln, Hass und Falschinformationen verbreiten, und so die Sicherheit diskriminierter Gruppen in unseren Städten gefährden. Wir erkennen die Schlüsselrolle der Städte für die Wahrung von Menschenrechten, Inklusion und Gleichberechtigung als demokratische Institutionen, Regelungsinstanzen, Arbeitgeberinnen, Dienstleisterinnen, Auftraggeberinnen und als vorderste Linie der Regierungsebene an.

Bekenntnis zur Internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft

Die Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015-2024) ist eine globale Initiative von zentraler Bedeutung mit dem Ziel, die Achtung und den Schutz von Menschen afrikanischer Herkunft sowie die Wahrung aller Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten im Sinne der Menschenrechtserklärung zu fördern. Ziel dabei ist es, das Wissen um die Vielfalt des Erbes, der Kultur und der Beiträge von Menschen afrikanischer Herkunft zur Entwicklung von Gesellschaften zu erweitern sowie die Achtung davor zu fördern. Außerdem werden die Schaffung und Stärkung von nationalen, regionalen und internationalen Rechtsrahmen gemäß der Durban-Erklärung und dem entsprechenden Aktionsprogramm sowie dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung (*International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination*) gefordert, damit diese Vorgaben vollumfänglich und effektiv umgesetzt werden. In Europa leben die meisten Menschen afrikanischer Herkunft in einem städtischen Umfeld. Daher sind die Städte der Schlüssel zur Umsetzung dieser globalen Ziele auf lokaler Ebene. Zwar nähert sich die Dekade dem Ende, aber unsere Arbeit ist weit davon entfernt, abgeschlossen zu sein.

Wir verpflichten uns, den Kampf gegen Anti-Schwarzen Rassismus in all seinen Formen fortzusetzen. Dafür setzen wir lokale Strategien basierend auf dem 10-Punkte-Aktionsplan der ECCAR ein, mit denen die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen afrikanischer Herkunft in allen Lebensbereichen, ihre Repräsentation in politischen Gremien und kulturellen Narrativen sichergestellt und ihr Zugang zu Bildung, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Arbeit verbessert werden. Schwarze Geschichte und die Beiträge zu europäischen Städten müssen



sichtbar gemacht und wertgeschätzt werden. Es liegt in unserer Verantwortung, das Vermächtnis der Dekade zu einem zu machen, das unsere städtischen Maßnahmen stärkt und eine Zukunft fördert, in der die Menschenwürde und Gleichberechtigung Schwarzer Gemeinschaften sichergestellt ist, sodass sie sich frei entfalten können.

Die Bedeutung der Beteiligung von durch Rassismus betroffenen Menschen

Um Städte zu schaffen, die die diversen Lebensrealitäten aller Einwohner*innen widerspiegeln, braucht es unbedingt die Beteiligung der unmittelbar von Rassismus betroffenen Menschen am Entscheidungsprozess. Städte müssen dafür sorgen, dass ihre Stimmen Maßnahmen und Lösungen gestalten. Nur durch die Beteiligung von Menschen, für die Rassismus und Diskriminierung Teil ihrer täglichen Lebensrealitäten ist, können wir effektive, inklusive Strategien erarbeiten, um strukturelle Ungleichheiten anzugehen. Bürger*innenbeteiligung und Empowerment müssen die Eckpfeiler der Stadtverwaltung sein und sorgen dafür, dass städtische Maßnahmen die Erfahrungen der Menschen berücksichtigen, die am stärksten von Rassismus betroffen sind.

Antisemitismus abbauen und jüdisches Leben fördern

Die Zunahme von Antisemitismus in Europa, verschärft durch den Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 und den Krieg in Nahost über nunmehr ein Jahr, stellt eine drängende Herausforderung dar. Neuste Berichte aus der Zivilgesellschaft haben einen besorgniserregenden Anstieg antisemitischer Vorfälle aufgedeckt und spiegeln beunruhigende Entwicklungen in mehreren europäischen Ländern wider. Ob durch Hassverbrechen, Online-Hassrede oder Diskriminierung in Schulen und am Arbeitsplatz – das Fortbestehen von Antisemitismus erfordert ein entschlossenes Handeln von Städten. Dieses Problem müssen wir offensiv angehen und auf inklusivere und tolerantere Gesellschaften für alle Menschen hinarbeiten. Die Städte müssen bei der Förderung jüdischen Lebens Wegbereiterinnen sein und für die Sicherheit und Inklusion von jüdischen Gemeinschaften sorgen sowie Bürger*innen über die historischen und aktuellen Beiträge jüdischer Menschen zu unserem städtischen Gefüge aufklären. Die Strategie der EU zur Bekämpfung von Antisemitismus stellt einen wichtigen Rahmen dar und Kommunalverwaltungen müssen aufbauend auf diesem Fundament konkrete Maßnahmen ergreifen, um ein Umfeld zu schaffen, in dem jüdisches Leben und jüdische Kultur fester Bestandteil des öffentlichen Raums sind und dort auch sichtbar sind.

Antimuslimischem Rassismus entgegentreten

Antimuslimischer Rassismus untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Städten. Städtische Maßnahmen müssen sich nicht nur gegen die Diskriminierung von Muslim*innen und als solchen gelesenen Personen richten, sondern auch die Sicherheit muslimischer Gemeinschaften gewährleisten. Zivilgesellschaftliche Organisationen berichten für das Jahr 2023 von einem steilen Anstieg an Vorfällen, die durch antimuslimischen Rassismus motiviert sind, vor allem nach dem 7. Oktober.

Die Zahl der durch antimuslimischen Rassismus motivierten gemeldeten Vorfälle in zahlreichen Ländern Europas ist deutlich höher als im Vorjahr und hat einen beunruhigenden Hochstand erreicht. Mit diesem alarmierenden Anstieg müssen wir uns befassen und entsprechend handeln. Die Städte müssen proaktiv Maßnahmen ergreifen, um muslimische Bürger*innen vor Hassverbrechen und Diskriminierung zu schützen und ihre Sichtbarkeit und Teilhabe am städtischen Leben zu fördern. Städte müssen zudem anerkennen, dass der wachsende Hass auf Geflüchtete aufgrund der aktuellen Einwanderungsdebatten sich auf ihre lokalen muslimischen Gemeinschaften auswirkt. Die Anerkennung muslimischer



Gemeinschaften als integraler Bestandteil des kulturellen und gesellschaftlichen Gefüges einer Stadt ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Städte können negative Narrative verändern und gegenseitigen Respekt fördern, indem sie Sicherheit gewährleisten, sich für Inklusion einsetzen und ein Umfeld schaffen, in dem muslimische Bürger*innen sich gesehen, wertgeschätzt und geachtet fühlen.

Einsatz gegen Antiziganismus

Antiziganismus hat seine Wurzeln in der Jahrtausende langen Diskriminierung der Gemeinschaften von Rom*nja und Sinti*zze und führt auch heute immer noch zu Armut, Ausgrenzung und Gewalt. Das äußert sich in Form von strukturellen Ungleichheiten. So wird Rom*nja und Sinti*zze systematisch der Zugang zu Grundrechten wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum verwehrt. Die Städte müssen die Antiziganismus durch gezielte Antidiskriminierungsmaßnahmen abbauen. Nur wenn man den tiefsitzenden Stereotypen und Vorurteilen entgegentritt, die zu Antiziganismus führen, kann man dafür sorgen, dass diese Rom*nja und Sinti*zze gleichberechtigt am städtischen Leben teilhaben können. Als ECCAR werden wir eine neue Arbeitsgruppe ins Leben rufen, die sich der Bekämpfung von Rassismus gegenüber Rom*nja und Sinti*zze widmet.

Die Notwendigkeit der Erhebung von Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsdaten

Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsdaten sind von entscheidender Bedeutung für den Abbau von Diskriminierung und die Förderung von gleichberechtigter Teilhabe. Die Erhebung von disaggregierten Daten zu Herkunft in Bezug auf Ethnie und Race ist der Schlüssel dazu, die Intensität und das Ausmaß von Ungleichheit zu verstehen. Städte können ohne genaue und umfassende Daten keine effektiven politischen Maßnahmen erarbeiten und Fortschritte messen. Unser neues Toolkit-Kapitel zu Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsdaten ist ein praktischer Leitfaden für Kommunalverwaltungen und trägt dem Bekenntnis der ECCAR dazu Rechnung, die Städte hier zu unterstützen. Wir fordern die Städte daher dringend auf, die Datenerhebung als Instrument einer fundierten Politikgestaltung zu priorisieren und rassistische sowie ethnische Ungleichheiten auf greifbare und messbare Weise zu bekämpfen.

Die Bedeutung lokaler Aktionspläne gegen Rassismus

Lokale Aktionspläne gegen Rassismus sind von grundlegender Bedeutung für die Bekämpfung von strukturellem Rassismus und die Gewährleistung einer langfristigen Verpflichtung zu antirassistischen Maßnahmen in den Städten. Der EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 stellt einen entscheidenden Rahmen dar und kann Städten als Leitfaden bei der Ausarbeitung von Strategien dienen, die über kurzfristige Maßnahmen hinausgehen. Alle Mitgliedstädte verpflichten sich mit ihrem Beitritt zur ECCAR auch dem 10-Punkte-Aktionsplan. Damit sind sie hinsichtlich der Erstellung und Umsetzung ihrer eigenen umfassenden Aktionspläne schon gut aufgestellt. Mit lokalen Aktionsplänen können Städte Communities einbinden, Fortschritte messen und im Kampf gegen Rassismus auf lokaler Ebene Verantwortung übernehmen. Die Verabschiedung und Umsetzung von lokalen Aktionsplänen gegen Rassismus stärkt die Rolle der Städte bei der Förderung eines inklusiven, widerstandsfähigen Umfelds, in dem sich alle Bürger*innen, unabhängig von ihren Herkünften, frei entfalten können.



Strukturellem und institutionellem Rassismus begegnen

Struktureller und institutioneller Rassismus ist systemimmanent und tief verwurzelt in allen städtischen Bereichen, von Bildung und Wohnraum über Arbeit und Strafvollzug. Diese Formen von Rassismus zeigen sich oft in politischen Maßnahmen und routinierten Vorgehensweisen sowie gesellschaftlichen Normen, die zunächst neutral erscheinen, aber rassifizierte Gruppen unverhältnismäßig benachteiligen. Als Kommunalverwaltung müssen Städte ihre Strukturen kritisch hinterfragen, um diese tief verankerte Form von Rassismus zu erkennen und abzubauen. Städte müssen sowohl den Rassismus außerhalb der eigenen Einrichtungen angehen, als auch thematisieren, wie Rassismus innerhalb dieser wirkt. Der 10-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus der ECCAR ist eine solide Grundlage für die Ausarbeitung eigener lokaler Aktionspläne der Städte, um diesen systemischen Problemen direkt zu begegnen. Die Erhebung von Gleichstellungsdaten ermöglicht Städten ein besseres Verständnis der Lebensrealitäten rassifizierter Gemeinschaften. So können sie dafür sorgen, dass ihre Maßnahmen Chancengleichheit für alle fördern. Diese Selbstbetrachtung ist für inklusive, demokratische städtische Räume, in denen alle Bürger*innen teilhaben und sich entfalten können, von entscheidender Bedeutung.

Städte für uns alle schaffen

Wir verpflichten uns gemeinsam dazu, zusammen mit den verschiedenen städtischen Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Organisationen dafür zu sorgen, dass alle Menschen, die in unseren Städten zuhause sind, hier in Würde und Sicherheit leben können und Gerechtigkeit erfahren. Mit der ECCAR-Generalkonferenz 2024 wurde die Offenheit der ECCAR als Koalition unter Beweis gestellt, die nicht nur ihre Mitgliedstädte einbindet, sondern Akteur*innen aller Ebenen. Wir bekennen uns dazu, die regelmäßige und kontinuierliche Kooperation zwischen allen Akteur*innen fortzuführen und auszubauen. Diese Erklärung beinhaltet die Themen, die auf der ECCAR-Generalkonferenz in Heidelberg diskutiert wurden. Sie steht für unsere gemeinsame Vision eines vorwärtsgerichteten, widerstandsfähigen Europas, in dem Städte die Rechte aller verteidigen und niemanden vergessen. Gemeinsam schaffen wir Städte für uns alle.

